

II- 5669 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2908/J

1988 -11- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten MOTTER, EIGRUBER
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Verbindungsstraße zwischen dem österreichischen und dem schweizerischen Autobahnnetz - S 18

Seit 16 Jahren besteht in Vorarlberg eine politische Auseinandersetzung über den dringend notwendigen Bau einer Verbindungsstraße zwischen dem österreichischen und dem schweizerischen Autobahnnetz. Die Diskussion bewegte sich dabei von einer anfänglich geplanten Autobahn A 15 bis zu einer Schnellstraße S 18. Im Jahre 1985 glaubte man, den Variantenstreit politisch gelöst zu haben. Nach einer umfangreichen Umweltverträglichkeitsprüfung wurde von der Vorarlberger Landesregierung eine Trassenführung vom Knoten Lauterach/Wolfurt durch das Lauteracher Ried zum "Übergabepunkt" St. Margarethen im politischen Konsens beschlossen. Entscheidendes Kriterium für die Zustimmung der betroffenen Gemeinden Lustenau und Höchst war dabei die Untertunnelung des Rheins anstelle der Brückenlösung.

Gemäß diesem politischen Konsens hat die Vorarlberger Landesregierung den Planungsauftrag an ein Ingenieurbüro erteilt, deren Planunterlage für den Knoten Lauterach/Wolfurt und das Reststück zur Erlassung der § 4-Verordnung dem Bauenministerium überreicht wurde.

In der Zwischenzeit wurde der Knoten Lauterach/Wolfurt genehmigt und das Auflageverfahren ist im Gange. Für das Reststück der S 18 jedoch fehlt bis heute die erforderliche § 4-Verordnung des Bauenministeriums.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Bis wann werden Sie die für einen weiteren Fortschritt in diesem Straßenbauvorhaben erforderliche § 4-Verordnung erlassen?
2. Werden Sie dem vorgelegten Projekt mit der Untertunnelung des Rheins zustimmen, und was werden Sie unternehmen, wenn Verkehrsminister Streicher sein Mitwirkungsrecht bei Straßenbauten dahingehend wahrnimmt, der Tunnellösung nicht zuzustimmen?
3. Sind Sie bereit, eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Vorarlberg über den Bau dieses nur 6 km langen letzten autobahnähnlichen Straßenstücks einzugehen?